

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 100 (2003)
Heft: 5

Artikel: Kantonale Vorstösse zu den SKOS-Richtlinien
Autor: Schmid, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840828>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kantonale Vorstösse zu den SKOS-Richtlinien

Zwei Vorstösse in den Parlamenten der Kantone Bern und Zürich haben kürzlich zu politischen Diskussionen um die SKOS-Richtlinien geführt.

Grossrat Daniel Pauli fordert, dass die Leistungen an Sozialhilfebezüger zu Beginn der Unterstützung unter den SKOS-Richtlinien angesetzt werden sollen. Wer sich um eine Verbesserung der Situation bemühe, solle schrittweise besser gestellt werden. Und während eines halben Jahres solle das Erwerbseinkommen nur zu drei Vierteln angerechnet werden.

Willy Haderer forderte, sich von den SKOS-Richtlinien loszusagen und eine politisch eigenständig gesteuerte Sozialpolitik zu formulieren. Überdies sollten die Sanktionsmöglichkeiten ausgebaut werden. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat in Aussicht gestellt, die automatische Übernahme der Richtlinien, wie sie § 17 der entsprechenden Verordnung vorsieht, zu überprüfen.

Diesen Vorstössen dürften weitere folgen. Die SKOS-Richtlinien bzw. die Ausgestaltung der Sozialhilfe werden dabei in Frage gestellt. Doch worum geht es der SKOS als Verband mit ihren Richtlinien?

- *Sozialhilfe soll wirksam sein.* Anreize und Sanktionen spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Gestützt auf das Erfahrungswissen der Praktiker hat die SKOS ihre Richtlinien schon in der Vergangenheit auf vermehrte Anreize hin weiterentwickelt. Wie die kürzlich publizierte Studie der SKOS zur Existenzsicherung im Föderalismus klar gezeigt hat, kann die Frage der Anreize in

der Sozialhilfe nicht losgelöst von der Wirkung anderer sozialstaatlicher Leistungen und Abgaben angegangen werden.

- *Die Sozialhilfe bedarf in unserem kleinräumigen Land einer gewissen Harmonisierung.* Es ist entscheidend, dass es Standards gibt. Ob diese die SKOS setzt, eine nationale Behörde oder ein Gericht, ist unwichtig. Der Sozialhilfe nicht dienlich ist es, wenn jedes kantonale oder kommunale Parlament die Sozialhilfeleistungen neu definiert. Mit Blick auf Nachbarkantone und -gemeinden wäre vor allem ein Wettbewerb um möglichst wenig attraktive Leistungen nicht zu vermeiden. Darunter hätten neben den Betroffenen in erster Linie auch die Städte mit Zentrumsfunktionen zu leiden, die bereits jetzt die Hauptlast der Sozialhilfe tragen.

- *Die Schweiz kennt gut ausgebaute Sozialleistungen.* Die Sozialhilfe spielt als letztes Sicherheitsnetz eine wichtige Rolle und schützt heute schon rund 250 000 Menschen vor Armut. Wenn die Sozialhilfe verpolitisiert und populistischen Wellen ausgesetzt wird, verliert sie diese Stärken.

Die Vorstösse in den Kantonen machen deutlich, dass die Fachdiskussion in der SKOS in den letzten Jahren die richtigen Themen aufgegriffen hat. In diesem Sinne sind die politischen Vorstösse eine Chance, Erfahrungen und Lernprozesse in der Sozialhilfe über den engeren Kreis der Fachleute in eine weitere Öffentlichkeit hinauszutragen.

Walter Schmid, Präsident der SKOS